

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für K

erschient an jedem Werktag nachmittags. Die Bezugs-Ordre des Blattes beträgt in Stadt und Land 3000.00 Mark, durch die Post frei zur Zeit im Monat April 3500.00, in den Postgebieten abgesetzt 3300.00 monatlich. Die abbestellenden Postgebühren sind in der Preisliste im Einzelnen angegeben. Die Abbestellenden sind ersucht, die Abbestellungs-Ordre rechtzeitig im Voraus zu stellen. Die Abbestellenden sind ersucht, die Abbestellungs-Ordre rechtzeitig im Voraus zu stellen. Die Abbestellenden sind ersucht, die Abbestellungs-Ordre rechtzeitig im Voraus zu stellen.



Schärfste Abschmürung des Ruhrgebiets.

Strafenperren im gesamten besetzten Gebiet - Neue Drangalienungen - Verschärfte Maßbestimmungen Die deutschfeindliche Freiheitspartei vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig - Straßentämpfe in München.

Das böie Gewissen.

Paris, 27. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Temps berichtet heute die Weisung aus, daß Deutschland den Krieg gegen die Weisungsmacht vordereite. Als Grund zu dieser Prozedur gilt ihm die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert, wonach für die Weisung nach besetzten Gebiet ein Abkommen zwischen dem besetzten Gebiet und unbesetzten Gebiet auf die gleiche Stufe mit der Schweizer Grenze, was demnach, daß der politische Wertstand nicht Deutsche erwidert habe (?). Die deutsche Regierung ist daher entschlossen zu sein, nach dem besetzten Gebiet nur noch diejenigen Vorkämpfer zu schicken, die den politischen Wertstand verfechten wollen. Vom alliierten Standpunkt aus handelt es sich deshalb um unermessliche Feindschaft, die die Abkommenverträge werden wohl eine Gegenüberstellung erlassen, wonach für die Einreise in das besetzte Gebiet auch von den alliierten Behörden ein Einreisepaß gefordert wird. Die genannte Maßnahme habe noch einen weitern erinnerlichen Charakter. In ihr werde vom Krieges- und Besatzungsstand gesprochen. Die Schärfe der Maßnahme, mit der die Weisung gebraucht wurde, ist begründet in der deutschen Regierung und das deutsche Volk gehen mit Entschiedenheit dem Resultat entgegen. Das Journal des Debats schreibt, Frankreich müsse eine Distanz um sich anrichten.

Wieder gefährliche Agitation gegen das Reichstum in der Ruhr.

Abg. Rißhild (Zem.) erhebt Bedenken gegen die Überführung aller Staatsbetriebe in launfähige Unternehmen. Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.) sprach sich gegen eine Verfassungsänderung in Sachen des Reichstums aus und wies auf die förmliche Agitation im Ruhrgebiet. Von dem Reichstumsrat wurde verlangt, daß endlich die Auseinandersetzung zwischen Reich und Staat erfolge. Reichspräsident Ebert teilte mit, daß eine Vorlage über den Reichstumsrat im Reichstagsrat im April 1923 durch den Reichstumsrat und den Reichstag kommen werde. Weiterhin wurde ein zweites darüber, ob diese Frage bei der jetzigen außenpolitischen Lage zweckmäßig zu erledigen ist.

Gefängnis bei Nichtlieferung von Kohlen.

Paris, 27. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Rheinlandkommission hat am Donnerstag eine Verordnung erlassen, wonach die Industriellen, die sich weigern, dem Befehl nach Lieferung von Kohle und Holz zu gehorchen, mit Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren bestraft werden können. Die schon ausgegebenen Befehle müssen 3 Tage nach der Veröffentlichung der Verordnung ausgeführt werden. Die Strafe wird auch auf diejenigen Personen ausgedehnt, die die Kohlen- und Holzlieferungen auf irgendeine Weise verhindern. Ferner hat die Rheinlandkommission beschlossen, den Werksbesitzern den Befehl zu erteilen, dem unbesetzten Gebiet nur noch auf einer bestimmten Anzahl von Stagen zuzulassen. Die Werksbesitzer sind ersucht, diejenigen Stagen, die davon ausgenommen sind, für den Verkehr zu sperren.

Französische Nervosität.

Von Kennern Frankreichs, nicht nur von den sogenannten Kontinentalpolitikern, wird immer wieder und auch in dieser Zeit behauptet, daß, entgegen der allen allzu leicht eingeworfenen Vorstellung, als ob Paris Frankreich liege, in Wahrheit die französische Provinz, und das heißt doch die große Mehrheit des französischen Volkes, keineswegs mit der jeweiligen Regierungspolitik identifiziert werden darf. Am allerwenigsten aber bei France Française, und so dürfte man nicht glauben, daß etwa eine leichten Robe die Stimmung der französischen Bürger, von der Arbeiterfront ganz zu schweigen, wiederpiegeln. Nun bin ich allmählich allem, was französisch heißt, gegenüber nicht mehr optimistisch, und schließlich kann aus dem Treiben der Pariser Presse abweichende Stimmung des Landes mehr helfen, wenn die Regierung mit Hilfe der liberaler, aber eben völlig nationalistischen Kammer unerbittlich die Politik treibt, deren Früchte wir erleben. Allein es scheint jetzt doch, als ob sich draußen in der französischen Provinz, der man in Paris natürlich das Verständnis für die wahren Bedürfnisse Frankreichs abspüren möchte, mancherlei regt, was selbst im Eifer und am Saal d'Orsay zu denken geben wird. Im Department Grenoble hat der Generalrat über den Antrag verhandelt, der Regierung für die Ruhrpolitik das Vertrauen auszusprechen, es konnte jedoch trotz langer Aussprache keine Mehrheit dafür erzielt werden, und man mußte sich schließlich begnügen, eine ziemlich nichtstuhende Tagesordnung anzunehmen, in die dann das Vertrauen für die Regierung als stillschweigend darin enthalten hineininterpretiert wurde; und selber für diesen Ausweg gab es nur eine Stimme Mehrheit bei einer Anzahl Stimmenthaltungen.

Ersichtlich deutlicher ist der Generalrat eines anderen Departements, nämlich von Haute-Savoie, geworden, der eine unzeitige Entscheidung gegen die Ruhrpolitik der Regierung sich wendende Entschlossenheit angenommen hat, so daß der Präsident, der das Ergebnis vorausahnt, die Sitzung vorher verließ. In dieser Resolution wird das Vertrauen darüber ausgesprochen, daß die Regierung sich habe zu Handlungen hinreißt lassen, die die Erfüllung der französischen Reparationspflichten verzögern, daß sie Meinungsverschiedenheiten mit den Verbündeten heraufbeschworen habe, daß die militärischen Ausgaben ungeheuer erhöht und die Lebensmittelverteilung ausgebeutet, die Lebensmittelverteilung verweigert und eine Kohlenknappheit herbeigeführt worden sei. Die Regierung wurde aufgefordert, vernünftigen Vorschlägen Gehör zu geben und sie zu prüfen, wenn sie einlangen. Die endgültige Lösung müsse u. a. die Entmilitarisierung einer breiten Zone auf beiden Seiten der Grenze einschließen. Das sind beachtenswerte Stimmen aus Frankreich. Aber auch von der Ruhrfront verlauten auf französischer Seite nachdenkliche Dinge. Die französischen Ruhrarbeiter haben ein Ultimatum an den Arbeitsminister gerichtet, worin sie mit ihrer Absicht vom 5. Mai drohen, an dem ihr Vertrag abläuft, wenn ihnen nicht verschiedene Forderungen bewilligt würden. Und zwar verlangen sie, daß man ihre Familien nachkommen lasse oder ihnen eine Wohnzulage gebe, die es ermögliche, ihren in Frankreich gebliebenen Angehörigen besseren Unterhalt zu gewähren. Das zeigt zunächst, daß die Leute sich in ihrer Situation keineswegs Hoffnungen, obwohl sie zweifellos nicht falsch bezogen oder falsch behauptet werden. Aber die Anforderungen, die an sie gestellt werden, und die sie eigentlich ihrer eigenen Absicht entgegen, und dazu die ungenügende Stellung innerhalb ihrer eigenen Bevölkerung, das alles ist ihnen ansehnlich auf die Herzen gegangen und bildet eine neue Befähigung dafür, daß die Franzosen im Ruhrgebiet unmögliche und unthunbare Zustände geschaffen haben. Was aber die Forderungen anlangt, so ist es doch eigentlich überraschend, zu hören, wie diese Leute überhaupt mit der Möglichkeit rechnen, sich mit Kind und Kegel im Ruhrgebiet niederzulassen, was eine Festlegung für längere Dauer bedeuten würde. Was man daraus vielleicht gewisse Schlüsse ziehen auf die Art, wie ihnen bei ihrer Umwerbung das, was sie erwarten sollte, dargestellt worden ist. Es verhält sich so selbst, daß, wenn die französische Regierung im Ernst datangänge, die Inflation in das Ruhrgebiet nur durch einen so gewaltigen Trost von Zivilpersonen zu verflärten und entsprechend neue Anforderungen an Untersuchungsstellen zu stellen, daß dann eine neue Komplikation der Lage eintreten müßte, die das Ruhrproblem vielleicht unentwirrbar neuemilde. Vorläufig haben wir es für wahrscheinlich, daß die französische Regierung sich die Sache ein schweres Stück Geld leisten werden, in der Hoffnung, auch das Deutschland später aufzuheben. Mit diesen Dingen sieht es wohl nur scheinbar im Widerspruch, wenn die Pariser Presse gegenüber dem zu erwartenden neuen deutschen Angebot schon einen Besatzungskritik ausstelt und Frankreich möglichst unzugänglich hinstellt. Der Pariser „Intranfigant“ hat die Unverfrorenheit zu verurteilen, ein deutliches Angebot wurde in Paris von vornherein zurückgewiesen, was die Frage von oben deutlich darin zu prüfen ist. Die Tendenz von allem ist offenbar, den Eindruck zu erzeugen, daß Frankreich seine Eise habe, und daß die Verlegenheiten ausschließlich auf deutscher Seite liegen. Herr Tardieu, in dem man vielleicht den kommenden Nachfolger Poincaré erblickt, hat zwar jener, daß Frankreich nicht zurückweichen dürfe, solange die Ruhr-

Paris, 28. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Schwas berichtet aus Koblenz: In der Nacht, den Schmuggel in den Grenzstationen zu unterbinden, hat die Internationalisierte Rheinlandkommission eine Reihe von Wegen bekanntgegeben, auf denen sich der reguläre Handelsverkehr mit Deutschland vollziehen soll. Die militärischen Stellen haben Vollmacht erhalten, alle anderen Wege durch Wachen, Drahtperren oder sonstige Maßnahmen zu sperren.

Frankfurt (Main), 27. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Durch das von der internationalisierten Rheinlandkommission erlassene Verbot, jedes Kraftwagenverkefren durch besetztes Gebiet und um besetztes Gebiet haben sich bereits die Kinetautos wie auch die Kraftwagen genötigt, ihren Wagenverkehr einzustellen. Es freut sich in Frankfurt der bis in die letzte Tage sehr Verkehr von Reisenden, von und nach Wiesbaden und Mainz. Damit hat auch die Verbringung des besetzten Gebietes mit Waren, besonders mit Lebensmitteln, ganz aufgehört. In Speyer, Kaiserslautern, Zweibrücken haben die Franzosen die Fürpoststellen des roten Kreuzes auf den Bahnhöfen zerstört.

Erkung des Staatsrates für Dr. Jarres.

Berlin, 26. April. Der Reichshof Staatsrat hielt am Donnerstagabend mit einer Sitzung von einigen Minuten ab. Präsident Dr. Jarres sprach dem Oberbürgermeister von Duisburg Dr. Jarres, der aus dem Gefängnis entlassen und ausreisen worden sei, und erstmalig wieder an den Sitzungen des Staatsrates teilnahm, die Teilnahme und Anerkennung des Staatsrates. Während sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien bei dieser Erklärung von den Äußerungen, blieben die Sozialdemokraten und Kommunisten stumm. Der Staatsrat genehmigte darauf eine Ausdrucksweise über die Erhebung der Staatsangehörigkeit im Vornamen und die Erhebung über die Verfügung über die bürgerlichen Grundbesitzung.

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie aus Essen gemeldet wird, werden in den nächsten Tagen in allen größeren Städten des besetzten Ruhrgebietes besondere Wachposten- und Propagandabrigaden von den Franzosen eingesetzt, die in den einzelnen Dispositionskomitees bei diesen heimischen Nachrichtenstellen unterliegen. Ihre Aufgabe soll neben sonstiger Überwachung der deutschen Presse die Verhinderung der Festungen, wie der Kreisbevölkerung, vor allen Dingen aber die Verhinderung der Kommunikation unter den Städten sein. Schon in den letzten Tagen ist die französische Propaganda sehr verstärkt worden. Zweifelslos hätte manche Individen verteilt in den lebhaftesten Straßen der Stadt Essen eingeklinkert und werden bei dieser Tätigkeit unaufrichtig in französischen Kriminalbeamten geben. Die Stadtwahlverwaltung in Essen hat sich genötigt, einige Veränderungen der Kommandante auf den Straßen die Gemeindeführer zu schicken. Die Franzosen haben die Strafe Altonen für den Vornamen für den Verkehr gesperrt, vermutlich als Maßnahme wegen des Ansehens auf den Vernehmung 1923, der getrieben in unmittelbarer Nähe der von den Franzosen besetzten Sieger-Kolonne verübt worden ist. Die Staatsangehörigkeit hat auf die Ermittlung des über der Täter eine Lösung von 1 Million ausgelegt. Die der Stadt Mittmann wegen eines auf einen französischen Offizier abgegebenen Schusses anverletzte Verleumdung ist wieder aufgehoben worden. Für die Vergebung der Buße von 30 Millionen Mark wurde ein Aufschub bis zum 24. Mai gewährt. Bis zu ihrer Vergebung sollen zwei Gemeindeführer, die bereits seit drei Wochen in Werken sitzen, wieder in Haft bleiben.

Von Manövern berichtet!

Das Kriegsgesicht der marokkanischen Division (!!) beurteilt den Präsidenten der Oberpostdirektion der Division in Speyer zu 2 Monaten Gefängnis, weil er feige die Anwendung eines französischen Dienstesgramms nach Düsseldorf verweigerte. Der in der gleichen Lage angeklagte Postamtmann Schmidt aus Ludwigshafen wurde freigesprochen.

Schießerei in München.

München, 27. April. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern Abend kam es, wie die Münchener Post meldet, zu schweren Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Nationalsozialisten. Die Unzufriedenheiten zwischen beiden Parteien hatte in der Gärung der Wahlen ihre eigentümlichen Nationalsozialistenabend. Gestern 9 Uhr abends stürzte ein Zug Nationalsozialisten gegen die Wirtschaft vor, und wollten unbedeutend in die Wirtschaft eindringen, um dort, wie sie sagten, alles Feuer und Klein zu schlagen und das Reich nicht einmal auszuräumen. Schließlich kamen einige Schaulente, die wegen der bedrohlichen Situation Verhaftungen herbeiführten. Dann schändeten sie in die Straßenbreite aus und lezten sich schließlich auf dem Boden. Die Nationalsozialisten haben hierzu von ihrer Stellung aus nicht auf die vor der Wirtschaft stehenden, darunter Schumannsfabrik, etwa 30 scharfe Schüsse ab. Dabei wurde einer der Nationalsozialisten am Unterarm schwer verletzt, ein anderer durch drei Schüsse in den Rücken und die Lunge verwundet. Als die Polizei aufbeordert wurde, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen, haben sie zur Antwort: Wir dürfen nicht schießen! Die Münchener Post erklärt: Der Uebelwiller ist von den Nationalsozialisten planmäßig vorbereitet worden. Das sei der erste offene Straßentamp in München gewesen. Von der Münchener Post wird in der gleichen Anknüpfung gemeldet, daß im Laufe des Streites etwa zehn Schüsse abgefeuert wurden, und daß vier Personen so schwer verletzt wurden, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Von anderer Seite erfahren wir dazu: Ein 45jähriger Schmiedegeselle erhielt einen Stich in den Kopf, ein 33jähriger Schloffer einen Stich auf den Kopf und eine Schwereverletzung am rechten Fuß, während ein Schneider und ein Kreiergeselle leichter verletzt wurden. Am Schluss waren am Kampfe etwa 400 Personen beteiligt. Die Münchener Zeitung hält den Vorgang als eine Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten dar.

20 000 Ausgewiesene.

87 Jahre Gefängnis, über 1 Milliarde Mark Schadenersatz.

Berlin, 26. April. Im Zusammenhang des Reichstagswahlkampfes haben die Nationalsozialisten in der Vergangenheit und heute, daß nach dem bis zum 15. April vorliegenden Material im allerbesserten Gebiet 3886 Reichs-, Staats- und Gemeindefunktionäre und 156 Prioren, zusammen also 4042 Personen ausgewiesen worden sind. Die ausgewiesenen Personen sind: 26 Prioren, zusammen 82 Personen ausgewiesen worden. Neben dem die Familien der Betroffenen hinzu, so kommt man auf eine Zahl von rund 20 000 an, die durch das Verbot der Franzosen auf das allerbessere in den besetzten Gebieten sind. Verhaftet wurden außerdem 67 Beamte und 85 Privatpersonen. Versetzt waren bis zum 15. April von französischen und belgischen Kriegsgefangenen im Zusammenhang mit der Aktion im Einzugsgebiet etwa 200 Personen. Neben dem die Familien der Betroffenen hinzu, so kommt man auf eine Zahl von rund 20 000 an, die durch das Verbot der Franzosen auf das allerbessere in den besetzten Gebieten sind. Verhaftet wurden außerdem 67 Beamte und 85 Privatpersonen. Versetzt waren bis zum 15. April von französischen und belgischen Kriegsgefangenen im Zusammenhang mit der Aktion im Einzugsgebiet etwa 200 Personen. Neben dem die Familien der Betroffenen hinzu, so kommt man auf eine Zahl von rund 20 000 an, die durch das Verbot der Franzosen auf das allerbessere in den besetzten Gebieten sind.

harten und nicht verzeihlichen Strafen und sprach über die Mängel der Reichsfinanz. Es wäre zu begrüßen, wenn einzelne Kleinrentner Mitteldeutschlands zu den neuen kommen. Dieser Ansicht dürfte aber nur freudig und aus eigenem Willen gehorchen. Freuen sie nicht den Anstoß geben, sondern lediglich eine Notwendigkeit, die diese kleinen Renten zu fremden Händen machen und ihnen die Vorteile der rationalen Großrentenverwaltung geben. In seinen weiteren Ausführungen bezieht der Ministerpräsident beim Staatsrat die Vermögensfrage mit der Verweisung von Vermögensgegenständen auf die Staatsregierung. Er wies sich auch gegen den Vorschlag der Schaffung eines neuen preussischen Ministerpräsidenten ohne Parteizugehörigkeit zur Aufrechterhaltung der Beziehungen mit dem Reich. Die Schaffung dieser politischen Aufgabe sei Sache des Ministerpräsidenten selbst. Im Verlauf der Debatte über den Entwurf des Staatsministeriums verlangte Abg. Dr. Dreyner (Dn.) Maßnahmen gegen die deutsche Propaganda in Schlesien und billigte die Verweisung des Regierungspräsidentenpostens in Sauerbrunn mit einem Sozialdemokraten, obwohl das von der Verordnung vorgeschriebene Einmischen zwischen Personalratschef und Ministerium des Innern bei dieser Verweisung nicht erfolgt worden sei. Abg. Frau Engel (Dn.) bestaunte ebenfalls die deutsche Propaganda mit einer

Heutiger Stand des Dollars 29800.

